Gewalt im Sport: Unaufgeregter Dialog ist gefragt

Seit Jahren beherrschen Bilder blinder Zerstörungswut und brutaler Gewaltszenen im Umfeld von Sportveranstaltungen die Schlagzeilen. Gewaltakte rund um Fussball- und Eishockeyspiele haben sich ins kollektive Gedächtnis der Bevölkerung eingegraben. Der Ruf nach restriktiven Massnahmen und Gesetzen wird lauter. Dass sich Politik und Sportverbände am Runden Tisch in Bern unter Leitung von Bundesrat Ueli Maurer nicht durchwegs auf gemeinsame Strategien im Kampf gegen Hooliganismus einigen konnten, hinterlässt den Eindruck der Resignation und erschwert die Situation.

Ein untaugliches Mittel zur Problemlösung ist der mediale Schlagabtausch zwischen Politik und Clubs. Der Runde Tisch hat nämlich zumindest eines gezeigt: Es gibt kein "Hi Politik, hi Clubs". Nicht diese stehen sich als Gegner gegenüber, sondern sie haben eine gemeinsame Gegenseite. Das sind gewaltbereite Chaoten, eine kleine Minderheit, die das Klima nachhaltig vergiftet. Politik und Clubs wollen dasselbe: Spiele ohne Gewalt und Vandalismus!

Folgerichtig ersetzen nun neu die direkt Verantwortlichen den Runden Tisch. Das sind die Vorsteherinnen und Vorsteher der kantonalen Justiz- und Polizeidepartemente, jene der städtischen Polizeidirektionen sowie die Clubpräsidenten. Auf der Traktandenliste stehen umstrittene Massnahmen wie die Einführung von Kombitickets sowie die Identifikation der Fans. Eine schwierige Ausgangslage. Aber gerade dann, wenn die Situation verfahren ist und eine Lösung in weite Ferne gerückt zu sein scheint, bedarf es des unaufgeregten Dialogs zwischen Politik und Clubs, der nicht in erster Linie über die Medien zu führen ist.

Die physischen Gefahren, denen die Polizistinnen und Polizisten im Einsatz gegen gewaltbereite Chaoten ausgesetzt sind, sowie die psychischen Belastungen, die Beschimpfungen und Beleidigungen, die sie mit hoher Professionalität hinnehmen, haben ein vollkommen inakzeptables Ausmass erreicht. Kommt es zu keinen von Politik und Clubs gemeinsam getragenen Massnahmen, ist der Gesetzgeber gefordert, denn staatliche Eingriffe bedürfen immer einer Gesetzesgrundlage. Das zeigt sich nun im Willen der Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren, die Bewilligungspflicht für Fussball- und Eishockeyspiele in allen Kantonen gesetzlich zu verankern.

Die Gewaltexzesse im Umfeld der AFG-Arena haben dazu geführt, dass gesetzliche Einschränkungen mehrheitsfähig sind. So hat das Stadtparlament St.Gallen die Lex Arena (Bewilligungspflicht / Kostenbeteiligung des Clubs) einstimmig gutgeheissen. Das zeigt deutlich: die Gesellschaft ist des Problems definitiv überdrüssig. Sie will weder Gewalt noch Vandalismus. Die Bewilligungspflicht mündet aber keineswegs in unerfüllbare Auflagen, wie die Clubs befürchten. Zwischen den Verantwortlichen des FC St.Gallen (FCSG) und der städtischen Politik sowie zwischen den FCSG-Sicherheitsleuten und der Stadtpolizei besteht gerade diesbezüglich eine gute Zusammenarbeit. Bislang wurden alle Bewilligungsauflagen einvernehmlich erarbeitet. Dank der Lex Arena hat aber die Behörde, die für die Sicherheit im öffentlichen Raum verantwortlich ist, im Streitfall das letzte Wort.

Geleistet werden muss die Arbeit gegen Gewalt letztlich auf lokaler Ebene. Die konsequenten Einsätze der Stadtpolizei St.Gallen im Verbund mit dem raschen Durchgriff der kantonalen Justiz (Schnellverfahren) sowie die Lex Arena haben dazu geführt, dass die Polizeiaufgebote spürbar reduziert werden konnten. Dieser Weg wird in St.Gallen gemeinsam mit den Verantwortlichen des FCSG beschritten und neu – sofern das Stadtparlament zustimmt – mit einem Fanprojekt unterstützt. Das alles ist die Folge jahrelanger, durchaus von Kontroversen gekennzeichneter, aber letztlich unaufgeregter Gespräche zwischen Clubverantwortlichen,

Fanverantwortlichen und städtischer Politik. Gespräche, die nicht über die Medien geführt, sondern deren Ergebnisse den Medien mitgeteilt wurden.

Stadtrat Nino Cozzio Direktor Soziales und Sicherheit Stadt St.Gallen